

„Die soziale Ohnmacht nimmt zu“

Der Sozialverband VdK verzeichnet erneut steigende Mitgliederzahlen. Die Rechtsberatungen nehmen zu. Schwerpunktthemen bleiben in diesem Jahr die Pflege und der ÖPNV

Von Rosali Kurtzbach

Dinslaken. Der VdK verzeichnet erneut ein deutliches Mitgliederhoch: Im Kreisverband am Niederrhein, zu dem auch Dinslaken, Voerde und Hünxe gehören, ist die Zahl um 2670 Mitglieder auf 29.643 im vergangenen Jahr gestiegen. So richtig freuen kann sich darüber der Kreisverbandsvorsitzende Horst Vöge aber nicht. „Es zeigt eine soziale Ohnmacht der Menschen, die mit den Sozialgesetzen nicht klar kommen“, sagte er bei einem Gespräch in Moers. Ob es um Erwerbsminderungsrenten, Schwerbehinderungen, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten oder Fragen der Pflege- und Krankenversicherung geht: „Der Bedarf an einer Rechtsberatung nimmt zu“, sagt Svenja Weuster. Die Kreisverbandsgeschäftsführerin zählt rund 200 Neumitglieder monatlich, „die vor allem über unsere Sprechstunden zu uns kommen. Wir haben zwar noch nicht alle Zahlen aus den Ortsverbänden zurück, aber wir können davon ausgehen, dass die Zahl der Einzelberatungen in 2019 die 12.000 übersteigt“, erklärt sie.



„Der Bedarf an den Rechtsberatungen nimmt zu.“

Svenja Weuster, Geschäftsführerin des VdK-Kreisverbandes

Die meisten Mitglieder, über 60 Prozent, sind zwischen 45 und 65 Jahre alt, „das ist das Alter, in dem etwa durch Krankheiten Rentenfragen aufkommen“, erklärt Svenja Weuster. Und ein Alter, in dem die Mitglieder viel im Internet unterwegs sind, was rund 250.000 Zugriffe auf die VdK-Homepage zeigten.

Ein bisschen getrübt wird die Bilanz aber dennoch: So gibt es nur noch 52 Ortsverbände im Kreisverband, drei weniger als vor einem Jahr. „Es ist schwierig in der heutigen Zeit Mitglieder für die aktive Vor-

Sprechstunden und Kontakt

■ **Der VdK am Niederrhein** bietet in Dinslaken im Café im Mutter Teresa Haus an der Wilhelm-Lantermann-Straße 73 (Eingang neben der Polizei) jeden 1. und 3. Freitag im Monat von 8 bis 13 Uhr Sprechstunden mit einer Rechtsberatung an. Es werden keine Termine vergeben, die Mitglieder müssen deshalb mitunter mit

standarbeit zu gewinnen“, sagt Svenja Weuster. In Dinslaken mussten aber anders als in der Nachbarstadt Duisburg oder in Hamminkeln noch keine Anlaufstelle geschlossen werden. Insgesamt gibt es im Kreis Wesel 12.943 VdK-Mitglieder. Es ist die größte Gruppe im Kreisverbandsgebiet.

1,5 Millionen Euro an Nachzahlungen erstritten

Zwei Tage pro Woche ist der VdK mittlerweile für seine Mitglieder an Gerichten unterwegs. In Antrags-, Widerspruchs- und Klageverfahren bis zur Berufung in die zweite Instanz beim Landessozialgericht in Essen hat der Kreisverband im vergangenen Jahr rund 1,5 Millionen Euro an Nachzahlungen und Geldleistungen erstritten, von denen mit rund 560.000 Euro nur ein Drittel direkt an Mitglieder geflossen sind.

Knapp eine Million Euro sind an Leistungsträger gegangen, „die oft bis zur Entscheidung in Vorkasse gehen“, erklärt Svenja Weuster. Sechs Monate dauert im Schnitt ein Widerspruchsverfahren, zwölf Monate eine Klage. Das sei lange, wenn man auf Geld wartet, aber im Bundesvergleich seien das „sehr gute“ Zahlen. In München würde ein Klageverfahren im Schnitt 23 Monate dauern.

Auch wenn die Rechtsberatung längst einen Großteil der VdK-Arbeit ausmache, so setzt der Verband weiterhin eigene Schwerpunkte, in diesem Jahr sind das „die Pflege und vor der Kommunalwahl der ÖPNV“, sagt Horst Vöge.

Die Probleme in der Pflege seien seit Jahren bekannt: zu wenige am-

bulante und stationäre Pflegekräfte, zu wenige Tages- und Kurzzeitpflegeplätze, zu wenig unterstützende Angebote, „damit die Menschen lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können“, listet Horst Vöge auf. „Dieses Problem ist nur langfristig zu lösen, wir werden mit der Mangelsituation in den nächsten zehn Jahren auskommen müssen“, sagt der VdK-Vorsitzende, der nicht müde wird, auf kommunaler Ebene wie auch beim Bund, eine bessere Beratung, einen Steuerzuschuss zur Entlastung pflegender Angehöriger bei stationärer Pflege sowie einer stärkeren Rentenabsicherung von pflegenden Angehörigen zu fordern.

Auch die Probleme im öffentlichen Personennahverkehr seien seit



Der öffentliche Nahverkehr, hier ein Archivbild, wird vom Sozialverband VdK Niederrhein kritisiert. Horst Vöge vom VdK nimmt aber auch die Politik in die Pflicht.

Jahren bekannt: steigende Preise im Regional- und Nahverkehr, ein immer dünneres Verkehrsnetz und eine schlechte Anbindung vor allem in den Abendstunden – und das nicht nur auf dem Land, sondern auch in einigen Stadtteilen Duisburgs durch die Einführung des neuen Nahverkehrsplans.



„Wir werden mit der Mangelsituation die nächsten Jahre leben müssen.“

Horst Vöge,

VdK-Kreisverbandsvorsitzender

„Wir sind in Gesprächen mit den Landräten, Bürgermeistern und auch Fraktionen in den Kommunen“, sagt Horst Vöge. Aber er hat den Eindruck, „dass Kommunalpolitiker nur eine mangelhafte Sensibilität für das Thema Nahverkehr haben.“ Dass der Wunsch des VdK, ein 365 Euro Jahresticket einzuführen, angesichts der klammen Kassen nur schwer umzusetzen sein dürfte, ist auch Horst Vöge klar. Aber derartige Forderungen würden einen Denkstoß geben.

FOTO: VOLKER HEROLD / FUNKE FOTO SERVICES